DIE LINKE fordert deutliche Verbesserungen bei den Finanzzuweisungen
Vermögensteuer statt Erhöhung der Gemeindesteuern und Leistungskürzungen

Mit Entsetzen hat DIE LINKE die Ankündigungen des 1. Stadtrats Reiner Brill zur Kenntnis genommen, Gebühren und Abgaben noch weiter massiv zu erhöhen und Leistungen noch weiter einzuschränken als es bisher schon der Fall ist. Ausgabenkürzungen und die Erhöhung von Gemeindesteuern und Gebühren treffen Geringverdiener, Arme, Kinder und Familien besonders hart. Die Grundsteuer ist die Vermögensteuer der "Kleinen Leute" und wird, anders als die Gewerbesteuer gänzlich unabhängig von der Einkommenssituation erhoben und auf die Mieter in vollem Umfang umgelegt.

DIE LINKE ist überzeugt: Eschwege wird es nicht schaffen, aus eigener Kraft aus dieser strukturellen Einnahmen-Krise heraus zu kommen. Die Steuereinnahmen sprudeln derzeit wie nie. Alle Gemeindesteuern und Gebühren wurden wegen des Schutzschirmdiktats massiv erhöht und Infrastruktur mehr und mehr kaputt gespart, wie z.B. die Schließung des Freibades oder die kaputten Straßen und Gehwege. Und trotz all dem hat die Stadt Eschwege ein Haushaltsdefizit von über 2.000.000 Euro. Würde die Stadt all ihren Verpflichtungen nachkommen, wären die Defizite deutlich höher.

Das Land Hessen muss seiner Verpflichtung aus der Schuldenbremse endlich nachkommen und für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen sorgen. Erst kürzlich hat dies auch der Hess. Staatsgerichtshof der Landesregierung ins Stammbuch geschrieben. Die Kürzung der Kommunalfinanzen um 340 Millionen Euro ist offener Verfassungsbruch und muss umgehend rückgängig gemacht werden.

DIE LINKE fordert aber auch Druck von der Basis. So fordert sie ein Bekenntnis der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege für die Einführung einer Vermögensteuer als eine weitere Voraussetzung für deutlich bessere Finanzzuweisungen des Landes. Ein entsprechender Resolutions-Antrag, mit dem die Stadt Eschwege dem Bündnis "vermoegensteuerjetzt.de" beitritt, wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 10. April beraten. Der Werra-Meißner-Kreis sowie die Städte Witzenhausen und Waldkappel sind dem Bündnis bereits beigetreten.

Die Vermögensteuer fließt den Bundesländern zu, die daraus z.B. bessere Bildung und höhere Zuweisungen für die Städte und Gemeinden finanzieren können. Eine Vermögensteuer, wie DIE LINKE und der DGB sie fordern, würde umgerechnet auf die Einwohnerzahl der Stadt Eschwege Jahr für Jahr Mehreinnahmen von 5 Mio. Euro bedeuten. (Lt. DGB-Berechnungen 20 Mio. Mehreinnahmen im Bund, lt. LNIKE deutlich mehr).

DIE LINKE fordert Die Grünen und die CDU auf, ihre Blockadehaltung gegenüber einer angemessenen Besteuerung der Reichen und Superreichen endlich aufzugeben.

Eigentum verpflichtet- aber wozu? Offenbar zu gar nichts.

Zudem sieht DIE LINKE es als nicht länger hinnehmbar an, dass die Gewerbesteuer von kleinen Handwerksbetrieben und Händlern bezahlt werden soll, die Selbständigen und Freiberufler mit ihren deutlich höheren Einkünften jedoch verschont bleiben sollen.

Wir rechnen vor:
Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Aber die Kluft zwischen Arm und Reich ist in Deutschland so hoch wie in keinem anderen EU-Land.

20 % der Deutschen besitzen mehr als 80 % des gesamten Vermögens. Der private Reichtum steigt j vierteljährlich auf immer neue Rekordhöhen.

Die Zahl der Dollar-Millionäre ist von 826.000 in 2007 auf über 1 Mio. in 2012 gestiegen, trotz Finanz- und Wirtschaftskrise ein mehr an Millionären von 23 %.

Im WMK lebt jedes Fünfte Kind in Armut.

Bernhard Gassmann